

Kambodscha – Dezentralisierung ist ein langer Weg **Stuttgarts Oberbürgermeister Wolfgang Schuster unterstützt die KAS bei der politischen Beratung**

Kambodscha war immer zentralistisch regiert; als Gottkönigtum zur großen Zeit des Angkorreiches, als französisches Protektorat und erst recht während der kommunistischen Regime der radikalen maoistischen Roten Khmer (1975 – 1979) und während der vietnamesischen Besatzung unter der Ägide des Warschauer Pakts (1979 – 1989). Krieg, Bürgerkrieg, Staatsterror und Sozialismus herrschten vom Ende der 1960er Jahre bis 1998.

Nach dem Pariser Frieden 1991 und den Wahlen 1993 begann zaghaft der Wiederaufbau. Seit 14 Jahren wird in Kambodscha ein neuer Staat aufgebaut. Eine demokratische konstitutionelle Monarchie soll entstehen mit Gewaltenteilung, einem Mehrparteiensystem und allen anderen Institutionen, die dazu erforderlich sind. Dazu gehören auch demokratisch regierte Provinzen, Distrikte und Gemeinden.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung begleitet seit 1994 die königliche kambodschanische Regierung bei ihren Bemühungen um Dezentralisierung. Erste Erfolge wurden schnell erzielt: 2002 fanden die ersten Gemeinderatswahlen statt. Der Anfang einer „kommunalen Selbstverwaltung“ ist gemacht. Für die Provinzen und Distrikte soll ein in der Verfassung vorgeschriebenes „Organic Law“ die rechtliche Grundlage für demokratische Verhältnisse schaffen – ein Gesetz, das die Zuweisung von öffentlichen Aufgaben, Organisation und Finanzierung von Zentralstaat, Provinzen Distrikten und Kommunen regelt. 2005 legte die Regierung dafür eine von allen Demokraten gelobte Strategie vor. 2006 sollte der Gesetzentwurf vorgelegt und schnell durch das Parlament gebracht werden. Dies war nicht möglich. Dazu sind zu viele verwaltungstechnische Details zu klären. Ein politischer Konsens ist schwer zu erzielen, denn inzwischen haben sich viele Institutionen mit ihren Interessen fest etabliert. Der erste Entwurf für das „Organic Law“ mit über 1.000 Artikeln blieb folglich auch unter Verschluss: fachlich zu kompliziert und politisch nicht durchsetzbar.

Um Wege aus der Sackgasse zu finden, hat die KAS den Stuttgarter OBM Dr. Wolfgang Schuster nach Kambodscha eingeladen. Erst hat er zwei ganztägige Workshops geleitet, einen für die kambodschanische „Föderalismuskommission“, das „National Committee for the Implementation of Decentralization and Deconcentration“ mit 60 hohen Beamten und dann einen für 170 Parlamentarier und Mitarbeiter der Parlamentsausschüsse.

Die Ergebnisse wurden mit den Spitzen der königlichen Regierung diskutiert. Schuster traf sich zum ausführlichen Dialog mit Premierminister Hun Sen, Innen-

minister Sar Kheng, Kanzleramtsminister Sok An und Finanzminister Keat Chhon, dem Präsidenten des Gemeindeverbandes Soy Kossal und dem Oppositionsführer Sam Rainsy. Damit waren die entscheidenden Machthaber einbezogen.

Ein Ausweg aus der Sackgasse wurde gefunden. Eine umfassende Staatsreform durch Dezentralisierung ist ein historischer Prozess. Erst muss das Ziel vereinbart werden. Es kann in die Verfassung geschrieben werden – allgemein und leicht konsensfähig. Dann müssen die Etappen geplant werden. Das kann in einem „Organic Law“ geschehen, wie es die Verfassung vorsieht. Dieses Gesetz kann nur ein Rahmengesetz sein und keine Detailregelungen vornehmen. Auch dies erscheint technisch lösbar und politisch konsensfähig. Letztlich müssen Einzelregelungen auf dem Einzelgesetz- und Verordnungsweg getroffen werden. Dies braucht verwaltungswissenschaftliche Kompetenz und schwierige politische Konsensbildung, also Zeit. Mit einer klaren Verfassungsvorgabe und einem guten „Organic Law“ als Rahmengesetz sollte auch diese Aufgabe zu bewältigen sein.

Die Vorschläge von Dr. Wolfgang Schuster sind bereits im Kabinett diskutiert worden. Die KAS wird ihre Partner und Freunde in Kambodscha in diesem Prozess weiter unterstützen.